

Eingreifen oder nicht?

Warum sich die Bundesregierung in der Libyen-Frage enthielt

Andreas Rinke | **Die Enthaltung bei der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats war ein Einschnitt: Erstmals stimmte die Bundesregierung in diesem Gremium anders als alle ihre NATO- und EU-Partner ab. Wie kam es dazu? Welchen Einfluss hatten Washington und Paris? Die Rekonstruktion einer Entscheidung in fünf Phasen.**

Es war ein Einschnitt in der deutschen Außenpolitik, als UN-Botschafter Peter Wittig am 17. März im Sicherheitsrat die Hand hob, um die Enthaltung der Bundesrepublik bei der Abstimmung zur Resolution 1973 anzuzeigen. 2003 hatte das Nein Deutschlands im höchsten UN-Gremium zum Irak-Krieg eine transatlantische Krise ausgelöst, weil die Bundesrepublik zusammen mit Frankreich gegen Amerikaner und Briten gestimmt hatte. 2011 stimmte die Bundesregierung in einer wichtigen Entscheidung im Sicherheitsrat nun erstmals anders als alle anderen in dem Gremium vertretenen NATO- und EU-Partner. Die USA, Frankreich, Großbritannien und Portugal hatten allesamt ein militärisches Eingreifen in Libyen befürwortet.

Die anschließende heftige Debatte in Deutschland und in der NATO zeigte, wie sehr diese Entscheidung einen Nerv getroffen hat. Während zwei Drittel der deutschen Bevölke-

rung die Enthaltung begrüßten, hagelte es Kritik von Verbündeten und auch aus den eigenen Reihen. Bei den einen schwang die seit 1945 bestehende Grundangst vor einem neuen deutschen „Sonderweg“ mit. Die „Transatlantiker“ vor allem in der Union beklagten den erneuten Bruch mit Washington. Die „Europäer“ waren dagegen erschrocken, dass sich diesmal eine Kluft zwischen Deutschland und seinem engsten Partner Frankreich auftat.

Daneben tobte und tobt der Grundsatzstreit über die Frage, wann die internationale Staatengemeinschaft das Recht und wann sie die Pflicht hat, in anderen Staaten militärisch einzugreifen. Bei der Libyen-Entscheidung prallten dabei zwei Grundkonzepte aufeinander: Das eine Lager vertritt die vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan propagierte „Responsibility to Protect“, die einen Eingriff in die Souveränität von Staaten rechtfertigt, wenn die Zivilbevölke-

rung bedroht ist. Dagegen steht das Lager, das eine jahrzehntelange Überbetonung militärischer Mittel bei der Konfliktlösung kritisiert.

Hintergrund für beide Haltungen sind letztlich unterschiedliche historische Bezugspunkte. Die einen argumentieren mit Srebrenica, Dafur und Ruanda, um eine zu große Passivität der Völkergemeinschaft anzuprangern. Die anderen verweisen auf die Erfahrungen etwa in Afghanistan, wo ein militärisches Eingreifen nicht zu den gewünschten Zielen führt, sondern nur dazu, selbst immer stärker in den Konflikt hineingezogen zu werden. „Es gibt Wellen der Interventionsfreudigkeit von Staaten“, brachte der SPD-Politiker Gernot Erler dies noch vor der Entscheidung im UN-Sicherheitsrat auf den Punkt.

Weil der 17. März für die deutsche Außenpolitik ein so ungewöhnliches Datum war, sollen die Hintergründe der deutschen Entscheidung hier möglichst genau nachgezeichnet werden. Grundlage sind Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung sowie europäischen Diplomaten, denen Vertraulichkeit zugesichert wurde. Ausdrücklich wird dabei auf eine eigene Wertung über die Richtigkeit und die Folgen der Entscheidung verzichtet. Auch die Debatte über die angeblichen oder tatsächlichen „Kosten“ der deutschen Enthaltung ist ein gesondertes Thema.

Phase 1: der Auslöser

Die Welle des Unmuts, die Mitte Februar aus Ägypten und Tunesien nach Libyen überschwappt, betrachten viele europäische und amerikanische Diplomaten noch als Teil eines größeren Phänomens. Nachdem aber

libysche Sicherheitskräfte in den „Tagen des Zorns“ nach dem 18. Februar mehrere Menschen erschießen, wird deutlich, dass der Ruf nach Mitbestimmung in Libyen anders verlaufen könnte als in Tunesien und Ägypten.

Im Kreis der EU-Außenminister ist man besorgt. Zugleich zeigt sich, dass der Blick auf den Konflikt sehr unterschiedlich ist. Deutschland plädiert dafür, wie schon in Tunesien und Ägypten, einen Verzicht der Gewalt gegen Demonstranten zu fordern. Frankreich

und Italien ist es dagegen wichtiger, „alle Parteien“ zur Vernunft aufzuru-
fen. Frankreichs

Außenministerin Michèle Alliot-Marie befürwortet eine stabilisierende Rolle der EU – zugunsten des Regimes von Muammar al-Gaddafi. Auch Italien fühlt sich wegen der engen Beziehungen von Regierungschef Silvio Berlusconi zum Gaddafi-Regime zum Stillhalten verpflichtet.

Phase 2: die Beschleunigung

Die Situation verändert sich nicht nur aus Sicht der deutschen Akteure, als am 22. Februar die Arabische Liga die Gewalt verurteilt und den Rebellen ihre Unterstützung ausspricht. Die Stimme der arabischen Nachbarn ist auch deshalb wichtig, weil sie mit einer veränderten Dynamik der Auseinandersetzung zusammenfällt: Die Rebellen beginnen einen fast eine Woche andauernden Vormarsch vom Osten des Landes. In der NATO werden auf einer ersten Dringlichkeits-sitzung das Thema und die möglichen Folgen diskutiert.

Srebrenica und Afghanistan prägen die Haltung bei der Libyen-Entscheidung: Passivität oder Militäreinsatz

Am 26. Februar beschließt der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1970, die ganz auf der deutschen Linie liegt: So werden Maßnahmen gegen das Gaddafi-Regime beschlossen, aber Waffengewalt wird nicht erwähnt.

UN-Resolution 1970 mit den Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime wird ohne Zögern umgesetzt

Ohne Probleme setzt der so genannte Relex-Ausschuss der EU nur zwei Tage später die

von den UN beschlossenen Sanktionen in Maßnahmen der Union um. In Genf schlägt der UN-Menschenrechtsrat vor, Libyen auszuschließen, was schließlich auch passiert.

In Paris fordert die Entwicklung ein erstes prominentes politisches Opfer. Am 27. Februar entlässt Sarkozy Außenministerin Alliot-Marie, die durch ihre jahrelangen engen Kontakte mit den nun gestürzten Machthabern im Maghreb schon schwer angeschlagen war.

Phase 3: der Umschwung

Anfang März beschleunigt sich die Entwicklung: Am 2. März eröffnet die Arabische Liga mit einer ersten, sehr eingeschränkten Forderung nach einer Flugverbotszone offiziell die Debatte über ein militärisches Eingreifen des Westens. Am 3. März wird wegen der sich ausweitenden Kämpfe die deutsche Botschaft in Tripolis geschlossen.

Am 5. März bildet sich in Bengasi ein Übergangsrat, der sich als einzig rechtmäßige Vertretung Libyens bezeichnet. Am 8. März besucht dessen Vertreter das Europäische Parlament und fordern dort sowohl seine Anerkennung als legitime Vertretung der Libyer als auch eine Flugverbotszone.

Der Einsatz von Bodentruppen wird vom Rebellenrat abgelehnt.

Parallel dazu findet ein Umschwung im Krieg statt. Hatten ausländische Beobachter angesichts des Vormarschs der Rebellen mit einem möglichen Sturz Gaddafis gerechnet, gehen dessen Truppen nun in die Offensive. Bis zum 13. März erobern sie etliche Städte, darunter Brega, wieder zurück.

Auch in Europa findet ein bemerkenswerter Politikwechsel statt. Am 5. und 6. März sondiert der neue französische Außenminister Alain Juppé bei der Arabischen Liga in Kairo. Danach werden zumindest in Paris die Planungen für eine Flugverbotszone beschleunigt. Der französische Intellektuelle Bernard-Henri Lévy fordert Sarkozy vehement zu einer klaren Parteinahme und einem Eingreifen aus humanitären Gründen auf. Sein Argument ist eines, das nun in der öffentlichen Debatte in den Vordergrund rückt: Die Europäer dürften nicht zuschauen, wie Gaddafi die Aufständischen massakriert. Die NATO geht intern den nächsten Schritt. Nachdem zuvor Optionen für einen militärischen Einsatz besprochen worden waren, erfolgt am 9. März die interne Anweisung, Pläne für eine Evakuierung von Libyern aus Ägypten und Tunesien zu erarbeiten.

In Berlin beraten Bundeskanzlerin Angela Merkel, Außenminister Westerwelle und Verteidigungsminister Thomas de Maizière am 9. März nach dem Kabinett die Lage: Man ist besorgt, aber einig in der Skepsis gegen ein militärisches Eingreifen.

Phase 4: die Spaltung

Am 10. März wird das französische Umdenken offensichtlich: Bei einem

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Treffen der EU-Außenminister kündigt Außenminister Juppé den verblüfften Verbündeten an, dass Paris den Rebellenrat anerkennen werde. Erkennbar geht die Initiative auf Sarkozy zurück. Die EU-Außenminister folgen Frankreich nicht, sondern beschließen zunächst weitere Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime. Gleichzeitig beginnen in der NATO interne Vorplanungen für eine mögliche Flugverbotszone. Noch am Abend des 10. März fordert Sarkozy in einem gemeinsamen Brief mit dem britischen Premierminister David Cameron die Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen. Erstmals argumentiert Frankreich offen interventionistisch.

Am 11. März findet der Euro-Gipfel in Brüssel statt, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel reist. Die Bundesregierung ist verärgert, weil sich Sarkozy aus Berliner Sicht einen weiteren Alleingang geleistet hat. Die französische Diplomatie weicht zu-

dem von der Regel ab, nur Staaten anzuerkennen. In der Berliner Regierungsspitze ist die Skepsis weiterhin sehr groß. Sowohl aus dem Kanzleramt als auch aus dem Auswärtigen Amt kommt der Hinweis, niemand könne sagen, wer wirklich hinter dem Rebellenrat stecke – das wisse auch Frankreich nicht. Zudem fühlt man sich in Berlin anders als in Paris nicht zu einer Kurskorrektur in der Libyen-Politik verpflichtet: Während Frankreich Gaddafi mit allen Ehren willkommen geheißen hatte, wurde er in Deutschland nie empfangen. Um Distanz zu wahren, war Merkel zudem schon Ende 2010 bewusst nicht zum Gipfel der EU mit der Afrikanischen Union gereist.

Die Skepsis gegenüber dem Rebellenrat prägt auch in den folgenden Tagen die deutsche Position. Man fühlt sich vom Bundesnachrichtendienst und von etlichen EU-Partnern bestätigt. So verweisen etwa bulgarische Regierungsvertreter in den EU-

Beratungen darauf, dass der zu den Rebellen übergelaufene libysche Justizminister derjenige war, der 1999 fünf bulgarische Krankenschwestern wegen angeblicher HIV-Infizierung hatte festsetzen lassen.

Weil die EU-Außenminister am 11. März zu einem informellen Treffen im ungarischen Schloss Gödöllö bei Budapest zusammenkommen, die Euro-Regierungschefs aber in Brüssel, telefonieren Merkel und Westerwelle an diesem Tag mehrfach miteinander. Die Mitarbeiter von Kanzleramt und Auswärtigem Amt halten den ganzen Tag telefonisch Kontakt, auch die Schlusserklärung des EU-Gipfels zu Libyen wird eng abgesprochen.

Hinter den Kulissen in dem EU-Ratsgebäude in Brüssel und in Gödöllö geht es hoch her. Denn vor allem die Ost- und Südosteuropäer sind entsetzt darüber, mit welcher Macht Frank-

Eine Kluft tut sich auf
zwischen Frankreich
als treibende Kraft und
Deutschland als Bremser

reich und Groß-
britannien ihre
Politik durchset-
zen wollen. In
der Schlusserklä-
rung verhindern

deshalb nicht nur Deutschland, sondern auch etliche andere Euro-Staaten jeden Hinweis auf eine Flugverbotszone. Dafür werden Gaddafi weitere Sanktionen angedroht.

Am 12. März wird die Debatte von der Arabischen Liga forciert, die offiziell beim UN-Sicherheitsrat ein Eingreifen fordert, aber erneut den Einsatz von Bodentruppen ablehnt.

Der Streit eskaliert am 14. und 15. März auf dem G-8-Außenministertreffen in Paris mit einem offenen deutsch-französischen Dissens. Frankreichs Außenminister Juppé ist Gastgeber – und hat nach Ansicht der

deutschen Gäste von Präsident Sarkozy den klaren Auftrag bekommen, Unterstützung für eine Flugverbotszone zu sammeln. Starken Beistand bekommt er von Großbritannien und Kanada. Dagegen gehen der deutsche Außenminister sowie seine amerikanische Kollegin und sein russischer Kollege in den „Fragemodus“. Welche Probleme gibt es mit einer Flugverbotszone? Welche Ziele lassen sich damit überhaupt erreichen, fragen sowohl Hillary Clinton als auch Sergej Lawrow. Was wäre die Folge, wenn der Westen erneut in einem arabischen Land eingreift? Westerwelle ist nach Angaben von Teilnehmern bemüht, in den Debatten seine große Skepsis deutlich zu machen.

Dennoch spricht Juppé am Ende von einer breiten Unterstützung der G-8 für die französischen Pläne. Westerwelle interveniert und korrigiert. Die Kluft zwischen Frankreich als neue treibende Kraft für ein militärisches Eingreifen und Deutschland als Bremser ist damit offensichtlich geworden.

In Berlin fühlt man sich von der Haltung der USA bestätigt, deren Beteiligung als Voraussetzung für eine Flugverbotszone angesehen wird. US-Verteidigungsminister Robert Gates lässt bei einem Besuch seines Amtskollegen Thomas de Maizière erhebliche Skepsis gegen eine Flugverbotszone durchblicken, weil sie auch Luftangriffe gegen Flugabwehrstellungen erfordere. US-Außenministerin Clinton gilt wie einige andere Diplomaten im State Department als interventionsfreudiger, lässt sich aus Sicht der Deutschen aber noch nicht wirklich in die Karten schauen. Ganz offensichtlich wollen die Amerikaner zu-

nächst, dass alle Optionen durchdacht und entwickelt werden. Am 15. März reist Clinton in die Golf-Region, um die Antwort auf eine der entscheidenden Fragen auch für die Amerikaner beantwortet zu bekommen: Welche Staaten können sich an einer Flugverbotszone beteiligen, um nicht den Eindruck zu erwecken, es handle sich um einen westlichen Alleingang?

Parallel dazu gehen in der NATO die Vorbereitungen für einen möglichen Einsatz weiter, den man angesichts der Eskalation nicht mehr ausschließt. Erstmals wird eine „initiating directive“ für eine Flugverbotszone in Libyen erteilt. Deutschland trägt den nötigen einstimmigen Beschluss mit, weil es sich nicht um eine politische Einsatzentscheidung, sondern nur um die übliche Vorbereitung von Optionen handelt.

Phase 5: die Entscheidung

Eine für den weiteren Fortgang der Ereignisse sehr wichtige Entscheidung fällt am Abend des 15. März im „situation room“ des Weißen Hauses. Nachdem sich Clinton (zu diesem Zeitpunkt noch auf der Rückreise aus Tunesien) vorab die grundsätzliche Bereitschaft einiger arabischer Staaten zur Teilnahme an einer Militäraktion in Libyen gesichert hat, kippt die Debatte in Washington. Bisher hatte Verteidigungsminister Gates mit seiner Skepsis die Oberhand. Nun entscheidet sich Obama für ein Eingreifen, will aber anders als Frankreich vom UN-Sicherheitsrat auch die Autorisierung für gezielte Luftschläge.

Wie die *New York Times* später schreibt, hat dabei entscheidenden Einfluss, dass Obama – wie Sarkozy mit Lévy – ebenfalls zwei Beraterin-

nen hat, die sehr deutlich mit der neuen UN-Philosophie „Responsibility to Protect“ argumentieren: Samantha Power, die als Journalistin von den Bürgerkriegen auf dem Balkan berichtet hatte, einen Pulitzer-Preis für ihr Buch über die passive Haltung amerikanischer Regierungen zu den Völkermorden im 20. Jahrhundert erhielt, und nun Beraterin im Nationalen Sicherheitsrat ist. Und UN-Botschafterin Susan Rice, die bereits 2007 mit Hinweis auf den Völkermord in Ruanda gefordert hat, dass die USA künftig zum Schutz der Zivilbevölkerung in anderen Ländern eingreifen müssten.

Die amerikanische UN-Botschafterin informiert ihren deutschen Kollegen vom amerikanischen Umdenken. Wegen der Zeitverschiebung erfährt die Bundesregierung davon erst am Nachmittag des 16. März. Ein Anruf von Obama oder Clinton, in dem diese Merkel oder Westerwelle die überraschende Kehrtwende der USA erklären könnten, findet nicht statt. In

Wegen der Zeitverschiebung erfährt die Bundesregierung nur mit Verspätung vom amerikanischen Umdenken

aus dem Nationalen Sicherheitsrat hatte man zuvor Signale erhalten, ein Militäreinsatz sei nur unter einer arabischen Führung möglich. Am Morgen hatte Westerwelle in einer Regierungserklärung im Bundestag die Skepsis gegen ein militärisches Eingreifen nochmals zusammengefasst: „Um ein Flugverbot durchzusetzen, müsste zunächst die libysche Flugabwehr militärisch ausgeschaltet werden“, warnte er in seiner Rede. „Die Bundesregierung betrachtet deshalb ein militärisches Ein-

greifen in Form einer Flugverbotszone mit großer Skepsis.“

Plötzlich aber rückt die Möglichkeit einer sehr raschen Resolution in den Vordergrund, an die die deutsche Regierung zuvor nicht hatte glauben wollen. Erstmals muss sich die Bundesregierung nun Gedanken über das eigene Abstimmungsverhalten machen – und das schnell. Denn in New

Sarkozy hat sich längst für ein militärisches Eingreifen entschieden und beschleunigt das Tempo

York beginnt auf Druck der Franzosen bereits an diesem 16. März um 11 Uhr Ortszeit eine Sitzung

des Sicherheitsrats, in der stundenlang über eine Resolution zum militärischen Eingreifen beraten wird, zunächst aber ohne Ergebnis. Eine weitere wichtige Nachricht trifft in Berlin ein: Russland werde kein Veto einlegen – da auch China kaum alleine gegen ein militärisches Eingreifen votieren würde, scheint der Weg für die Franzosen frei. Und im Auswärtigen Amt wird in kleiner Runde jede Überlegung einer „Nein“-Option Deutschlands sofort als völlig unrealistisch verworfen. In den kommenden Stunden geht es nur um die Frage, ob sich Deutschland enthalten oder zustimmen soll.

Am späten Nachmittag fällt in Berlin eine erste Vorentscheidung: In den Nachrichtenagenturen laufen die Vorbereitungen eines Interviews der Kanzlerin mit der *Saarbrücker Zeitung* ein, das am 17. März erscheint. Darin positioniert sich Merkel in der Libyen-Frage in aller Deutlichkeit und Offenheit, was zumindest im Auswärtigen Amt aufmerksam registriert wird. Ihr Hinweis, sie habe dem libyschen Machthaber schon immer mis-

traut, liest sich wie eine kleine Spitze gegen die langjährigen Gaddafi-Claqueure in Paris und Rom. Harte wirtschaftliche und politische Sanktionen seien wichtig: „Eine militärische Intervention allerdings sehe ich skeptisch. Als Bundeskanzlerin kann ich uns da nicht in einen Einsatz mit äußerst unsicherem Ende führen“, betont Merkel in dem Text, der wie alle anderen Schriftinterviews im Kanzleramt autorisiert worden ist; jedes Wort ist also mit Bedacht gewählt. Anders als bei Afghanistan gebe es bei Libyen auch nicht das Argument, dass dort die Sicherheit Deutschlands verteidigt werden müsse, fügt die Kanzlerin hinzu. „Dennoch müssen wir und werden wir weiter auf anderen als militärischen Wegen gegen den Diktator vorgehen.“

Sarkozy hat sich aber trotz der Bedenken längst für ein militärisches Eingreifen entschieden: Am Abend des 16. März beschleunigt er das Tempo nochmals. Er lässt einen Brief an die Regierungschefs der anderen UN-Sicherheitsratsmitglieder versenden, in dem er für einen neuen Entwurf wirbt, der gleichzeitig in New York vorgelegt wird. Darin wird betont, dass neben der Flugverbotszone „alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ ergriffen werden dürfen.

Dass die heiße Phase begonnen hat, bekommen die Deutschen direkt zu spüren. Kurzfristig sagt Juppé am Morgen des 17. März den geplanten Antrittsbesuch in Berlin in einem kurzen Telefonat mit Westerwelle ab: Sarkozy schickt seinen Außenminister stattdessen nach New York, damit Juppé dort – als einziger Außenminister – an der Sitzung des UN-Sicher-

heitsrats teilnehmen kann. Die Nervosität der Franzosen, die mit ihren deutschen Kollegen auf verschiedenen Ebenen Kontakt haben, ist an diesem Morgen groß und auch in Berlin zu spüren. Man fürchtet ein Scheitern Sarkozys und bedrängt die Deutschen auf Arbeitsebene.

In Berlin finden an diesem Tag die entscheidenden Abstimmungen statt. Am Rande des Bundestagsplenums zur Euro-Regierungserklärung Merksels sucht zunächst Westerwelle am Morgen das Gespräch mit den Fraktionschefs. Nach Angaben von Teilnehmern geht es dabei nicht um das konkrete Abstimmungsverhalten. Aber sehr wohl nimmt Westerwelle aus den Gesprächen den Eindruck mit, dass nicht nur der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, sondern auch die Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen die generelle Skepsis gegenüber einem militärischen Eingreifen teilen.

Das Dilemma der Bundesregierung

Der Bundesregierung ist spätestens zu diesem Zeitpunkt klar, dass sie sich in einem unauflösbaren Dilemma befindet. Sie kann auf den Wunsch der Partner eingehen und einem Militäreinsatz trotz der erheblichen inhaltlichen Bedenken Merksels, Westerwelles und de Maizières zustimmen. Die Folge wäre eine innenpolitische Debatte. Zumindest an diesem Punkt spielt die anstehende Landtagswahl in Baden-Württemberg bei der Abwägung eine Rolle. Denn Tag für Tag haben die Spitzen der Regierung bei ihren Wahlkampfauftritten die ablehnende Haltung ihrer Wähler in der Frage zu spüren bekommen. Die Alternative ist: Die Bundesregierung

steht zu ihren Bedenken und geht das Risiko ein, nicht mit den engsten außenpolitischen Partnern zu stimmen.

Kurz nach 14 Uhr findet an diesem Tag im Auswärtigen Amt in einem größeren Kreis eine Abstimmungssitzung statt, zu der auch UN-Botschafter Wittig zugeschaltet ist. Jeder trägt nach Angaben von Teilnehmern seine Ar-

gumente für eine Zustimmung oder eine Enthaltung vor, es wird kontrovers diskutiert.

Ziel ist es, aus den verschiedenen Blickwinkeln die Vorteile und Kosten aller Optionen durchzuspielen. Zentrale Fragen sowie die Bündnisaspekte werden aufgeworfen. Wie kann ein Schutz der Zivilbevölkerung wirklich erreicht werden? Wie sicher ist die Annahme, dass es zu Verbrechen gegen die Menschheit kommt? Wie ernst muss man die Drohung eines Massakers nehmen, sollten die Gaddafi-Truppen Bengasi einnehmen? Was ist der Preis, den Deutschland für eine Nichtbeteiligung zahlen müsste?

Es ist diese Konferenz, aus der später einige Medien berichten, es habe Widerspruch gegen die sich andeutende Enthaltung gegeben. Das Ergebnis der Sitzung wird unterschiedlich gewertet: Für die einen fällt noch keine formale Entscheidung, andere Teilnehmer wollen bereits einen klaren Auftrag Westerwelles für eine Enthaltung gehört haben.

Als man im Auswärtigen Amt kurz nach 17 Uhr wieder zusammentritt, ist die Entscheidung bereits gefallen. Erstens hat sich der deutsche Außenminister mittlerweile mit Merkel und de Maizière abgestimmt. Man ist sich

Die Vorteile und Kosten aller Optionen werden aus den verschiedenen Blickwinkeln durchgespielt

einig: Alle drei befürworten eine Enthaltung. Ein entscheidendes Argument für die Kanzlerin ist bei diesen internen Abstimmungen die Überzeugung, dass sich ein großes Land wie Deutschland bei einer Zustimmung auch militärisch beteiligen müsse. Das lehnt das schwarzgelbe Regierungstrio jedoch strikt ab – auch wenn man die politischen Ziele der UN-Sicherheitsratsresolution teilt.

Zweitens kommt die Nachricht aus New York, dass die notwendige Mehrheit unter den 15 UN-Sicherheitsratsmitgliedern für die Resolu-

Anrufe von Briten und Amerikanern sollen noch was bewegen, zwischen Berlin und Paris herrscht Funkstille

tion steht. Die Afrikaner wollen mitstimmen. Westerwelle erfährt in einem Telefonat mit

seinem portugiesischen Amtskollegen Luís Amado, dass das Land trotz Amados vehementer Interventionsablehnung noch am 11. März nun wohl doch in New York zustimmen wolle. Die deutsche Entscheidung erleichtert dies erheblich. Denn allen Beteiligten ist klar: Würde die Resolution an der fehlenden deutschen Stimme scheitern, müssten die Kosten für die Differenzen mit den Alliierten anders kalkuliert werden.

Merkel kann Cameron, der sich bei ihr meldet, deshalb beruhigen. Während der britische Außenminister William Hague in einem Telefonat mit Westerwelle nochmals die deutsche Position abfragt, aber keine weitere Überzeugungsarbeit leistet, zeigt sich Cameron noch besorgt, dass es im Sicherheitsrat am Ende doch keine Mehrheit für die Resolution geben könnte. Für diesen nun unwahr-

scheinlichen Fall kündigt Merkel Flexibilität an.

Drittens spricht de Maizière an diesem Nachmittag mit dem NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und erläutert auch diesem die deutsche Position. Es sollen gar nicht erst Zweifel an der deutschen Bündnistreue aufkommen. Ausdrücklich geht es deshalb bereits in diesem Gespräch um die Frage, wie Deutschland trotz der Enthaltung die Partner an anderer Stelle entlasten kann. De Maizière bietet deutsche Soldaten für den Awacs-Einsatz in Afghanistan an. Rasmussen ist zufrieden.

Als gegen Mitternacht Berliner Zeit die Abstimmung in New York beginnt, steht die deutsche Position fest – daran ändern auch erneute Anrufe von Amerikanern und Briten im Auswärtigen Amt nach Beginn der Sitzung nichts mehr. Die Verbündeten wollen erneut wissen, wie Deutschland abstimmt und versuchen vergeblich, die Bundesregierung doch noch zu einem „Ja“ zu bewegen. Zwischen Paris und Berlin herrscht Funkstille. In New York wird die Resolution 1973 zur Abstimmung aufgerufen. Auf die Frage „Wer stimmt dafür?“ verhält sich der deutsche UN-Botschafter ruhig. Er hebt erst die Hand, als die Frage nach Enthaltungen kommt.



Dr. ANDREAS RINKE
ist Publizist in Berlin.